

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatlich. Einzelne Rtn 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14 574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 24 86.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R.,  
unter Eingeladn 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsgüter und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und präseignischen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 49

Dienstag, 1. März

1921

## Der Reichsverkehrsminister über die Eisenbahnen.

London, 28. Februar. Der Hauptauschuss des Reichstags hat gestern die Generalberatung über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Reichsverkehrsminister Wörner schloß die Schwere der Eisenbahnverwaltung. Das Ziel seiner Tätigkeit müsse die Steigerung der Verkehrseffektivität sein. Dazu sei eine größere Bewegungsfreiheit der Verwaltungen notwendig. Die Reichseisenbahnverwaltung dürfe nicht in das bürokratische System der Verwaltungen eingeschlossen bleiben, wenn sie den wachsenden Bedürfnissen der Wirtschaft folgen solle. Die bevorstehenden Tarifserhöhungen seien unbedingt notwendig, um das Betriebsdefizit zu decken. Es sei unumgänglich, die Betriebskosten eines Verkehrsunternehmens etwa durch Steuern aufzubringen. Die Beseitigung des Defizits werde in der Weise zu erfolgen haben, daß 10 Milliarden durch Tarifserhöhungen und 5 Milliarden durch Ersparnisse eingebracht werden. Die Verminderung des Personals sei im Gange. Ein Eisenbahnfinanzgesetz zur Ausführung des Artikels 24 der Reichsverfassung sei in Vorbereitung, um die Finanzgebarung auf einen mehr wirtschaftlichen Boden zu stellen und ihr die notwendige Selbstständigkeit zu geben. Die Besserung in der Ausgestaltung des Fahrplans könne nur allmählich nach Maßgabe der verfügbaren Kohlen und Lokomotiven erfolgen. In erster Linie werde er dabei den Berufs- und Arbeiterverkehr zu bessern suchen. Andererseits müßten die deutschen Eisenbahnen danach streben, wieder ihre frühere Stelle im internationalen Verkehr einzunehmen. Die technische Ausrüstung der Eisenbahnverhältnisse sei im letzten Jahre erheblich verbessert worden. Im ganzen Gebiet der Reichseisenbahnen werden 151 360 Arbeiter in den Werkstätten beschäftigt. Die Qualität der Arbeit erweise sich wieder die alte. Dabei sei zu beachten, daß im Frieden etwa 25 Prozent, jetzt aber 80 Prozent Reperaturarbeiten zu machen seien. Daran liege auch, daß der Ausfall an Lokomotiven in den Werkstätten noch immer um 10 Prozent geringer als im Jahre 1913 sei, obwohl auch die Leistungen auf den Kopf des einzelnen Arbeiters vielfach die frühere Höhe erreicht haben dürften. Die Lage der Beamten und Arbeiter sei im vorigen Jahre durch die Unsicherheit über die Höhe ihrer Bezüge, über die Ostlokalverteilung und vor allem durch eine ungesunde Vorkaufswirtschaft eine schwierige gewesen. Er hoffe, daß nunmehr eine allmähliche Beseitigung des Personals eintreten werde. Auch unter den Eisenbahnern sei leider die Moral wesentlich gesunken. Die Diebstahlsfälle seien zahlreich und kostbar. Die Arbeitslosigkeit des Personals sei in erfreulicher Zunahme, insbesondere bei den alten Leuten, deren Einfluß wieder im Steigen sei. Der Achtstundentag habe durch die plötzliche Einführung in der Eisenbahnverwaltung ohne die notwendige Vorbereitung zu großen Schwierigkeiten geführt. Für die Regelung der Dienst- und Ruhezeiten müsse die Art der Arbeit maßgebend sein. Ein Gesetz über die Arbeitszeit bei den Eisenbahnern sei in Vorbereitung.

## Bayerns Rein.

München, 27. Februar. Eine amtliche Kundgebung in der „Bayrischen Staatszeitung“ hat folgenden Wortlaut: „Aus Anlaß des Pariser Diktats sind der deutschen Reichsregierung zahlreiche Kundgebungen aus allen Teilen des Vaterlandes, aus allen Bevölkerungsschichten, von Gemeindevertretungen, Volks- und Parteiversammlungen, Wirtschaftsverbänden, Berufsorganisationen und Einzelpersonen zugegangen. Sie bringen übereinstimmend den stärksten Einspruch gegen die maßlosen und ungerechten Forderungen unserer Gegner und den unabweisbaren Willen zum Ausdruck, diesen Forderungen ein unbedingtes Nein entgegenzusetzen. Sie bekunden alle die Bereitschaft, und Maßgabe unserer Truppe an der Kriegsmacht und unserer Leistungsfähigkeit an der Wiedergutmachung mitzuwirken, aber auch die feststehende Tatsache, daß unwahren Vorwürfen der allseitigen Kriegsschuld Deutschlands und den feststehenden Entschluß: „Wieder den Tod als entehrende Strafe!“

## Die Londoner Konferenz.

### Die Frage der Sanktionen.

London, 28. Februar. Bei der Besprechung zwischen dem englischen und französischen Ministerpräsidenten in Chequers, an der auch Hoch und Beggand teilnahmen, wurde von Lloyd George und Briand beschlossen, die Frage der Art der Ausführung etwaiger Sanktionen gegen Deutschland einem Ausschusse von Sachverständigen zu unterbreiten. General Rollet, der Vorsitzende der internationalen Überwachungskommission in Berlin, ist hier eingetroffen.

### Erhöhung der Jahreszahlungen.

Paris, 28. Februar. Wie Paris im „Echo de Paris“ aus London berichtet, soll in den letzten Tagen eine Umgestaltung des Abkommens von Paris abgeschlossen worden sein. Man wolle die 42 Jahreszahlungen in 30 umwandeln, allerdings ohne die Gesamtsumme abzuändern. Dadurch werde eine Erhöhung des Jahresbeitrages um 1 300 000 000 Goldmark eintreten.

### Der Verhandlungsplan.

London, 28. Februar. Die bevorstehende Konferenz mit den Deutschen ist das Hauptthema

der Presse. Die Blätter weisen darauf hin, daß mit dem heutigen Tage eine schicksalbestimmende Woche beginne. Die Beratungen in Chequers haben dazu beigetragen, daß an Stelle der bisher von manchen Blättern ausgedrückten Befürchtung wegen der Gefährdung der Front der Verbündeten jetzt eine zureichendere Stimmung getreten ist. Die Reparationsfrage wird zuerst zur Verhandlung kommen. Auf Lloyd Georges Anregung hin soll die Entlohnungsfrage erst danach erledigt werden. Im Verlaufe des gestrigen Tages wurde der französische Vorkämpfer in Berlin nach Chequers gerufen, augenscheinlich im Zusammenhang mit der Reparationsfrage. Bevor die erste Aussprache mit den Deutschen stattfindet, wird wahrscheinlich in Downingstreet noch eine Beratung der Alliierten über die Reparationen erfolgen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Lloyd George, während er bestritt ist, zu erwidern, daß die Deutschen sich dem Beschlusse der Alliierten ohne Anwendung von Zwangsmaßnahmen fügen, ab Freitag oder Samstag zu versprechen gab, daß die britische Unterstützung solcher Maßnahmen, wenn sie notwendig werden sollten, nicht ausbleiben würde.

## Frankreich und die obereschlesische Abstimmung.

Paris, 27. Februar. Der frühere Kriegsminister Leybaire veröffentlicht einen höchst interessanten Aufsatz im „Journal“ über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Er behauptet, es sei unumgänglich, die in London getroffene Entscheidung, die Ausgewanderten am gleichen Tage abstimmen zu lassen wie die ansässigen Oberschlesier, anzuzweifeln. Das widerspreche der gesunden Vernunft und würde außerdem Deutschland in aller Welt schaden. Die Deutschen würden bestimmt blutige Karren in Oberschlesien herbeiführen. Sie bedürften unermüdlich Waffen nach Oberschlesien. Auf sie sei es auch zurückzuführen, daß die polnische Wirt so tief gefallen sei. Man werde nicht jene nach Oberschlesien schicken, die das Recht zur Abstimmung hätten, sondern Bananen, die Karren anfüllen sollten. Die französischen Divisionen in Oberschlesien wären allerdings imstande, in Oberschlesien die Ordnung aufrecht zu erhalten, wenn sie nicht gezwungen wären, sich in kleine Truppenabteilungen aufzulösen, die überall die Ordnung aufrecht erhalten müßten. Leybaire fordert, daß die Londoner Konferenz die getroffenen Entscheidungen revidiere.

## Polnische Ausdehnungsbestrebungen.

Warschau, 27. Februar. Unter Bezugnahme auf die polnische Note an die Vorkonferenz in Paris, in der Polen die Marientwerder Niederung bis an die Höfen von Marientwerder verlangt, um einen Kanal bauen zu können, hat die Stadtverordneten-Versammlung am Freitag folgenden Protest an das Auswärtige Amt gerichtet: Die gesamte Bevölkerung unserer Stadt ist empört über die unerhörte, dem überwältigenden Abstimmungsresultat hohnsprechende Zumutung der Polen, ihnen bei der endgültigen Grenzfestlegung die Marientwerder Niederung zuzuerkennen. Der Antrag des Generals Dapont an den Vorkonferenzrat in Paris, für Notwendigkeit der Anlage eines Kanals durch internationalisierte Sachverständige prüfen zu lassen, verdient die schärfste Zurückweisung. Er steht im Widerspruch zu der unabänderlichen Entscheidung, die der Vorkonferenzrat im August über das Abstimmungsgebiet gefaßt hat. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie mit allem Nachdruck sich für unsere Grenzmark einsetzt und keinen Fußbreit treuburgischen Landes preisgibt.

## Unerfüllbare Forderungen.

Basel, 28. Februar. Zu den in Paris beschlossenen Reparationsforderungen schreibt die „Baseler Nationalzeitung“: Man wird sich klar sein müssen, daß Deutschland die ihm zugemuteten Verpflichtungen erfüllen kann; aber wenn es diese Verpflichtungen erfüllen könnte, so wäre dies nur auf der Grundlage des vollständigen Ruins der anderen Staaten möglich. Dann müßten die englischen und die amerikanischen Exporteure ihre Kundenkreise an Deutschland völlig abgeben. England, dessen Verhältnis ungleich günstiger als die Deutschen sind, England mit seinen reichen Kolonien und seiner mächtigen Handelsflotte kommt heute auf einen Ausfuhrwert von 26 Milliarden Goldmark. Wenn es eine zwölfpromzentige Ausfuhrquote entrichtete und dazu noch 2000—3000 Millionen Goldmark jährlich bezahlte, wäre es sofort bankrott. Seine Industrie würde zu teuer arbeiten, als daß sie noch weiter ausführen könnte. Man frage die englischen Sachverständigen, ob sie für England die Bedingungen übernehmen könnten, die das Pariser Abkommen für Deutschland fixiert. Man darf gewiß sein, daß kein englischer Kenner sich finden wird, der glaubt, England könne sie erfüllen. Was aber dem reichen England mit seinen Kolonien und seiner Flotte unmöglich ist, kann das verkleinerte Deutschland noch viel weniger leisten.

## Der Anschlag auf Venizelos vor Gericht.

Paris, 27. Februar. Die beiden griechischen Offiziere Terapis und Kyriakos wurden gestern Abend vom Schwurgericht wegen des gegen Venizelos auf dem Lyoner Bahnhof in Paris verübten Anschlags zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem das Urteil gefällt worden war, unterzeichneten die Geschworenen ein Gnadengebet.

## Drohender Generalstreik in Polen.

Warschau, 27. Februar. Infolge des milden Streiks der Lokomotivführer wurden alle Eisenbahnbetriebe militarisiert. Der Streikkommission der Eisenbahnergemeinschaft forderte daraufhin zum Generalstreik der Eisenbahner auf. Ebenso hat die Zentralkommission des polnischen Gewerkschaftsverbandes einen Aufruf erlassen, in dem sie die Militarisierung der Eisenbahn als einen Anschlag auf die wichtigsten Rechte der arbeitenden Volksschichten bezeichnet und für Montag, den 28. Februar, den Generalstreik für ganz Polen proklamiert.

## London.

Je mehr sich die Tage der Londoner Konferenz genähert haben, um so nervöser ist die öffentliche Meinung in Frankreich geworden. Aber auch die französische Regierung. Den ersten Anstoß zur Verschlechterung der Stimmung gab die neue Regelung der obereschlesischen Abstimmung. Das Jugendschicksal, das Briand in dieser Frage machen mußte, kam einer diplomatischen Schlappe gleich, die man in Paris nur widerwillig hingenommen hat. Es versteht sich von selbst, daß diese Schlappe bei der bevorstehenden Konferenz in London wieder ausgeglichen werden muß, und so ist denn der Ton der französischen Presse schon jetzt sehr kämpflich gestimmt. Man ruft Gewalt, Hoch muß auf dem Plane erscheinen. Gewiß sind da allerhand Fragen, die vom französischen Standpunkt die Anwesenheit des Marshalls in London rechtfertigen, so z. B. die Entlohnungsfrage, die Deutschland noch einmal anzuschneiden die Absicht hat, dann aber auch die Frage der bayerischen Einwohnereinzeln, die aufgelöst werden sollen, und am Ende wohl auch strategische Probleme in Kleinasien, die durch die Regelung der orientalischen Verhältnisse einer Entscheidung bedürfen. In der Hauptsache aber wird man ein Recht haben, in der Berufung Hoch nach London eine Demonstration zu erblicken, die allein gegen Deutschland gerichtet ist, falls es wagen sollte, wider den Stachel zu lösen. Bei alledem darf nicht übersehen werden, daß diese äußere Aufmachung mehr der Beruhigung der öffentlichen Meinung in den Verbündetenländern, besonders Frankreich, gilt als den Bedürfnissen der gegnerischen Regierungen, die sich im stillen nicht einen Augenblick im Zweifel darüber sein können, daß die an Deutschland gestellten Zumutungen praktisch unerfüllbar sind. Man hat den Vätern so lange eingeredet, daß ihr finanzielles Unglück durch Deutschland allein wieder gutgemacht werden würde, daß man es jetzt nicht wagt, ihnen klaren Wein einzuschenken. Es ist eben eine bewusste Unwahrheit, daß Deutschland in der Lage sein soll, auch wenn es den besten Willen hätte, die Unterbilanz der Weltwirtschaft zu beseitigen. Der französische Steuerzahler aber, der entsetzt darüber ist, daß er als „Sieger“ noch die Kosten des Krieges tragen soll, läßt sich nicht durch Vermunftgründe nicht beruhigen und verlangt große Ziffern. So rächt sich jetzt der schwere Fehler, den die französische Regierung beging, als sie zur Stärkung des Kriegswillens des Volkes diesem die Hoffnung mit auf den Weg gab, daß der Deutsche alles zahlen werde.

Die Regierungen der Verbündeten würden es sicherlich an sich willkommen heißen, wenn ihnen von der deutschen Vertretung eine Möglichkeit geboten würde, aus diesem Dilemma herauszukommen, und es wird Aufgabe unserer Delegierten sein, hier einen Weg zu weisen, der unseren Gegnern nicht nur materiell, sondern auch moralisch gerecht wird. Briand muß in der Lage versetzt werden, zu sagen, daß alle Forderungen Frankreichs wenigstens annähernd erfüllt worden sind, während andererseits praktisch bei der Durchführung der Wiedergutmachung Deutschlands Leistungsfähigkeit entsprechend berücksichtigt wird. Denn von unserem guten Willen Zeugnis zu geben, kann angesichts der gründlichen Vorbereitung unserer Gegenwärtigen nicht allzu schwer sein. Andererseits scheint man auf der Gegenseite die Absicht zu haben, nicht von vornherein unseren guten Willen anzuzweifeln. Darauf lassen die wiederholten Auslassungen Lloyd Georges schließen, aber auch das Presseinterview Briands in London, in welchem er erklärte, er sei nach London gekommen, um die deutschen Gegenwärtigen entgegenzunehmen. „Frankreich“, so erklärte er, „hat in dem in Paris erzielten Abkommen jedes Opfer gebracht, das möglich war; es kommt aber nicht mit einer voreingenommenen Ansicht nach London und ist bereit, alles anzunehmen, was die Lage verbessern würde.“

Man kann nicht bestreiten, daß die Auffassung des französischen Ministerpräsidenten einem guten Erfolge der Londoner Verhandlungen durchaus günstig ist. Deutschland kommt nach London, nicht „um über sein eigenes Glend zu jammern“, sondern um nicht nur im eigenen Interesse, sondern in dem der gesamten Weltwirtschaft Vorschläge zu unterbreiten, die annehmbar sind, wenn es unseren Gegnern nicht von vornherein darauf ankommt, Deutschland noch